



Antrag AfA Landesvorstand

### Schluss mit dem Wettbewerb im ÖPNV

Der Landesparteitag der Berliner SPD möge beschließen:

Die Bahn“reform“ von 1994 muss mit all ihren Auswirkungen auf die Berliner S-Bahn, ebenso wie die Rechtsformänderung für die BVG, zurückgenommen werden.

Rücknahme aller Schritte der Auslieferung der Bahn an den Wettbewerb des freien Marktes und der Vorbereitung auf den Börsengang durch

Lohn- und Personalabbau,  
Ausgliederung von Ausbildungen und zahlreicher Leistungen,  
Kürzungen von Investitionen für Netze und Infrastruktur, für Fahrzeuge,  
Schließung von Werkstätten.

Stopp und Nein zur Privatisierung der S-Bahn, des gesamten ÖPNV!

Der ÖPNV, die S-Bahn müssen wieder als staatliche Monopolbetriebe unter der vollen politischen und finanziellen Verantwortung des Staates (Bund und Land) geführt werden!

Das verantwortliche staatliche Organ, die Bundesregierung, stellt sofort alle notwendigen finanziellen Mittel zur Verfügung, damit die S-Bahn ihren staatlichen Auftrag zur Verwirklichung des Rechts der gesamten Bevölkerung auf Mobilität voll und ganz erfüllt.

Das heißt die Finanzierung folgender konkreter Maßnahmen:

Die Werkstätten müssen personell und technisch so ausgestattet werden, dass sie dem Bedarf entsprechen.

Personal muss neu eingestellt werden

Die S-Bahn-Aufsichten müssen erneut eingestellt werden

Funktionsfähige Fahrzeuge müssen neu angeschafft werden

Die AfA Berlin wendet sich an den DGB und die DGB-Gewerkschaften mit dem Vorschlag, gemeinsam eine zentrale Demonstration vor zum Sitz der Bundesregierung für diese Forderungen durchzuführen.

### Begründung

Das staatliche Monopol, der staatlich, von Bund und Land garantierte und finanzierte ÖPNV war eine große Errungenschaft der Öffentlichen Daseinsvorsorge, erkämpft durch die Arbeiterbewegung, für die Erfüllung des Rechtes auf Mobilität für die breite Bevölkerung von Stadt und Land Berlin/Brandenburg.

1994 fiel die Berliner S-Bahn, als Eigentum der staatlichen Deutschen Bahn unter die Bahnreform. Die Regierung der Großen Koalition hat am 8.9.2009 auf eine Anfrage

geantwortet: „Die Deutsche Bahn AG ist seit der am 1. Januar 1994 in Kraft getretene Bahnreform ein privatrechtlich Form geführtes, gewinnorientiertes Wirtschaftsunternehmen... Neben der Einführung von Marktprinzipien und unternehmerischer Eigenverantwortung war es ein wesentliches Ziel ... die Bahn von Weisungen und Vorgaben der Politik unabhängig zu machen...“

Ganz in diesem Sinne sagte der Bahn-Personenverkehrsvorstand Ulrich Homburg vor den Berliner Abgeordneten: ein Bahnunternehmen hat „rein formal keinen Auftrag zur gesellschaftlichen Daseinsvorsorge.“

Die „Reform“ hat mit der gesamten Bahn auch die Berliner S-Bahn dem kapitalistischen Marktwettbewerb, dem allumfassenden Diktat von wettbewerbsfähigen Kosten und Gewinn unterworfen. Hat sie „befreit“ von dem staatlichen Auftrag der Garantie der Öffentlichen Daseinsvorsorge und der dafür notwendigen Finanzierung und Ausstattung unter staatlicher Verantwortung.

Die Folge war eine unverantwortliche und nur noch kriminell zu nennende Demontage der S-Bahn auf allen Ebenen, die im aktuellen skandalösen Quasi-Zusammenbruch endet. Erneut haben wir die Erfahrung gemacht: Marktwettbewerb heißt verschärfte Kostensenkung durch: Lohnkürzungen, Leistungsverdichtungen, Verschlechterung der Arbeitsbedingungen und der Leistungsqualität und Stellenabbau. Verbunden ist dies mit einem Abbau und Verschlechterung der Qualität der öffentlichen Dienstleistung bis zur Unfähigkeit, das Recht der Bevölkerung auf Mobilität zu erfüllen.

Mit der Rechtsformänderung 1994 hat sich der Staat aus seiner staatlichen Aufgabe, aus der Verantwortung für die S-Bahn als Pfeiler der ÖPNV, der Öffentlichen Daseinsvorsorge in Stadt und Land Berlin geschlichen und sie privat-wettbewerblichen zerstörerischen Zwängen unterworfen.

Gibt es nicht ähnliche Entwicklungen bei der BVG? Auch sie wurde 1994 einer Rechtsformänderungen unterzogen. Das Land Berlin hat sich damit auch aus der staatlichen Verantwortung zurückgezogen. Brauchen wir nicht auch hier eine Überprüfung der Entscheidungen zur Rechtsformänderung?

Am 7. Januar gab der Berliner SPD/Linke-Senat seinen Beschluss bekannt, den Verkehrsvertrag mit der S-Bahn Berlin GmbH, der 2017 ausläuft, nicht zu verlängern. Mindestens ein gutes Viertel des S-Bahnnetzes soll neu ausgeschrieben werden. Für die geplante Vergabe der S-Bahn Leistungen sieht der Senat drei Optionen (wettbewerbsbedingte Vergabe) vor. Doch unabhängig davon, welche Alternative zum Zuge kommt: es geht in jedem Fall um eine verschärfte Unterwerfung der S-Bahn unter den Wettbewerb.

Überprüft wird auch ein Kauf der S-Bahn durch das Land Berlin. Dazu stellt sich die Frage: Was heißt Kauf? Die S-Bahn ist in staatlichem Eigentum des Bundes und brauchte nur in Landeseigentum übertragen zu werden.

Entscheidend aber ist, dass es dem Senat nicht darum geht, durch eine Übernahme die S-Bahn dem Wettbewerb zu entziehen und die volle politische und finanzielle Verantwortung für die S-Bahn zu übernehmen. Über die in jedem Fall vorgesehene Vergabe wird vielmehr die S-Bahn wie der gesamte öffentliche Nahverkehr noch weiter dem Lohn- und Leistungs-Dumping-Wettbewerb geöffnet – und das im Namen der „Rekommunalisierung“.

Man muss zu recht die Sorge haben, dass eine solche Übernahme/Kauf zu einem neuen „Demontageprogramm“ für S-Bahn und BVG wird..

Gleichzeitig wurde der Regionalverkehr in Berlin/Brandenburg ausgeschrieben und wird weiter ausgeschrieben. Die Folgen sind schon heute Arbeitsplatzverluste und Lohndumping und Flucht aus dem Flächentarifvertrag. Es ist nur eine Frage der Zeit, bis sich dies auch der Verkehrsleistung auswirken wird.

## **Antrag AfA Landesvorstand**

### AfA Stimmrecht

Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

Die SPD- Kreise in Berlin werden aufgefordert, dort, wo gewählte AfA-Kreisgliederungen vorhanden sind, der AfA für die Kreisdelegiertenversammlungen das Stimmrecht einzuräumen.

Begründung:

Die SPD hat eine deutliche Niederlage bei der Bundestagswahl erlitten. Gerade die Arbeitnehmerschaft hat uns nicht gewählt. Wir müssen wieder das Vertrauen gewinnen. Die AfA steht für eine klare Arbeitnehmerpolitik. Diese Arbeitnehmerpolitik muss auf den Kreisdelegiertenversammlungen der SPD- Kreisverbände deutlich werden. Bundesvorsitzender Sigmar Gabriel sagte am 29.01.2010 in der Sitzung des AfA Bundesvorstandes: „Die AfA ist das Zentrum der SPD“.

Der Landesparteitag möge beschließen:

Die Mitglieder der SPD Abgeordnetenhausfraktion und die SPD Mitglieder im Senat werden aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, dass der Berliner Senat die europaweite Ankündigung der Ausschreibung der Berliner S-Bahn öffentlich zurücknimmt.

Gleichzeitig wird ein Aktionsprogramm zur Wiederherstellung einer voll funktionstüchtigen S-Bahn als einheitlicher Betrieb der Öffentlichen Daseinsvorsorge entwickelt, dass folgende Elemente umfasst:

- o die Reparaturwerkstätten müssen so ausgestattet werden, dass eine vorausschauende Instandhaltung möglich ist.
- o die Rücknahme der ausgegliederten Teile der S-Bahn, insbesondere der Ausbildung
- o die S-Bahnhöfe sind wieder mit Aufsichtspersonal zu besetzen.
- o die Neuanschaffung von langfristig funktionstüchtigen Fahrzeugen
- o die Einstellung von Personal zur Sicherstellung aller notwendigen Aufgaben

Der Landesparteitag fordert eine Entscheidung der Bundesregierung zur vollen Finanzierung der dringlich erforderlichen Sofortmaßnahmen zur Sicherung und Wiederherstellung der Berliner S-Bahn und wird dafür öffentlich eintreten.

Begründung erfolgt mündlich.